



Herbst-Konjunktur-Pressekonferenz
Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE)
16. September 2009, Düsseldorf

Statement von HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anzeichen mehren sich, dass die deutsche Wirtschaft das Schlimmste hinter sich hat. Früher als erwartet zeichnet sich der Aufschwung langsam am Horizont ab. Wie deutlich die Erholung ausfallen wird und ob der für den Herbst erwartete Einbruch am Arbeitsmarkt zumindest teilweise ausbleibt, ist noch offen. Erst die kommenden Wochen werden hier Klarheit bringen.

Auch für den Einzelhandel, der bisher recht glimpflich durch die Krise gekommen ist, scheint es Licht am Horizont zu geben. Für die Unternehmen des Wirtschaftszweigs und die Konsumbereitschaft der Verbraucher stehen die Zeichen auf Erholung. Darauf weisen zumindest die Geschäfts- und Konsumklimaindizes hin. Allerdings bewegen sie sich auf niedrigem Niveau.

Rahmenbedingungen

Ist der zunehmende Optimismus aus Sicht des Einzelhandels gerechtfertigt? In der Tat zeigen sich die Verbraucher nach wie vor ein Stück weit krisenresistent. Der private Konsum entwickelt sich weiterhin robust.

Dazu tragen auch die stabilen Verbraucherpreise bei. Sie stiegen in den ersten acht Monaten lediglich um 0,3 Prozent. Ursache sind vor allem die fallenden Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel (minus 0,7 Prozent).

Die Kunden des Einzelhandels mussten in den ersten acht Monaten des Jahres für einen durchschnittlichen Warenkorb sogar 0,3 Prozent weniger ausgeben als im Vorjahr. Die verbraucherfreundliche Preisentwicklung schont die Kaufkraft der Deutschen. Und damit ist es maßgeblich der Handel, der die Stimmung mit niedrigen Preisen und gutem Service hochhält. Das wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Denn auch für das gesamte Jahr rechnen wir mit weitgehend stabilen Preisen.

Die Rahmenbedingungen sind also vergleichsweise positiv. Den Verbrauchern bleiben Konsumspielräume. Diese nutzen sie allerdings kaum. Darauf deutet die anhaltend hohe Sparquote hin. Sie erreichte im ersten Quartal den Rekordwert von 15 Prozent des verfügbaren Einkommens und entwickelte sich im zweiten Quartal mit 10,5 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres. Für den Kauf neuer Autos, zu dem die Abwrackprämie die Deutschen verführt hat, haben sie ihre Sparguthaben kaum angerührt. Das überrascht nicht, denn es waren vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen, die die subventionierten Kleinwagen gekauft haben. Diese Haushalte haben kaum Ersparnisse. Um den Kauf zu finanzieren, stellten die Autokäufer andere Anschaffungen zurück. Das haben wir an den Kassen des Einzelhandels gemerkt.

Arbeitsmarkt, Beschäftigung, staatlicher Mindestlohn

Der Arbeitsmarkt hat bislang dem Sog der Krise widerstanden, auch dank der Kurzarbeit. Trotz der vielen nach oben korrigierten Prognosen für die Wirtschaft müssen wir damit rechnen, dass sich die Lage hier im weiteren Jahresverlauf verschlechtert. Die Frage ist nur, wie stark der negative Effekt ausfallen wird. Fest steht, dass jeder Anstieg der Arbeitslosigkeit die Stimmung trübt und den Handel belastet.

Was den Einzelhandel angeht, hat er sich sogar als einer der Jobmotoren in Deutschland erwiesen. Die Unternehmen haben nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Jahr etwa 47.000 neue Jobs geschaffen (plus 1,7 Prozent). Das ist angesichts des geringen Umsatzwachstums 2008 eine enorme Leistung. Vor allem, weil es sich in der weit überwiegenden Mehrzahl um sozialversicherungspflichtige Stellen handelt. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen um 17.500, die der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitjobs um 21.000. Der Anstieg der Minijobs war dagegen mit etwa 8.000 sehr gering.

Angesichts der Krise wird es für den Einzelhandel nicht leicht, jetzt an diesen Beschäftigungsaufbau anzuschließen. Viele Händler sind bemüht, ihre Mitarbeiterzahl konstant zu halten. Und in unserer Befragung zeigt sich, dass in der zweiten Jahreshälfte weniger Unternehmen Personal abbauen wollen. Einige Filialschließungen haben im Zuge von Insolvenzen bereits zu Entlassungen geführt. Oft stehen jedoch schon andere Handelsunternehmen bereit, die die Standorte übernehmen wollen, vor allem in attraktiven Geschäftslagen. Außerdem wird der leichte Beschäftigungsabbau zumindest zum großen Teil durch tausende neue Jobs, die große Einzelhandelsunternehmen schaffen wollen, kompensiert. Dies macht Hoffnung, dass der Einzelhandel sein hohes Beschäftigungsniveau weitgehend halten kann.

Die Mehrzahl der Beschäftigten des Einzelhandels arbeitet in tarifgebundenen Unternehmen. Zu der stabilen Beschäftigungsentwicklung haben auch die maßvollen Tarifab-

schlüsse in unserem Wirtschaftsbereich wesentlich beigetragen. Es ist ein Erfolg, über den sich Arbeitgeber und Gewerkschaft gleichermaßen freuen dürfen.

Dies belegt aufs Neue, dass die Festlegung der Entgelthöhe - ob im Tarifvertrag oder per Betriebsvereinbarung - eine Sache des Feintunings durch die Tarifpartner einer Branche ist. Der Staat sollte sich hier heraushalten. Ein zu niedriges Lohnniveau führt zu Problemen bei der Rekrutierung von Fachkräften. Ein zu hohes Lohnniveau verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das gilt erst Recht, wenn das Lohnniveau auch noch mit staatlicher Verbindlichkeit als Mindestlohn festgelegt wird.

Im Kern kennt auch die SPD den Zusammenhang zwischen Entgeltniveau und Beschäftigungsniveau. Denn wie ist es anders zu erklären, dass Bundesarbeitsminister Scholz und Bundesfinanzminister Steinbrück nun sogar den Gehaltsverzicht von Mitarbeitern steuerlich belohnen wollen. Nichts anderes sieht der jetzt von beiden präsentierte Entwurf einer Mitarbeiterbeteiligung in Sanierungsfällen vor: Verzichten Mitarbeiter zur Rettung ihres Unternehmens auf Lohn, sollen sie eine Steuerfreistellung in Höhe von bis zu 12.000 Euro im Jahr bekommen. Es macht aber nun wirklich keinen Sinn, auf der einen Seite durch gesetzliche Mindestlohnregelungen das Lohnniveau anzuheben und so viele Unternehmen in Probleme zu bringen, um dann vielleicht sogar dieselben Unternehmen mittels steuerlich gefördertem Gehaltsverzicht vor der Pleite zu retten.

Dies bestärkt uns darin, jegliche staatliche Einmischung in die Entgeltfestsetzung abzulehnen. Staatlich festgelegte Mindestlöhne – ob nun einheitlich oder branchenspezifisch - lösen keine Probleme, sondern schaffen neue. Neue Bürokratie, neue Schattenwirtschaft, damit neue Ausfälle bei den Einnahmen der Sozialversicherungen und bei den Steuereinnahmen, neue Arbeitslosigkeit. Staatliche Mindestlöhne schaffen vor allen Dingen keinen einzigen neuen Arbeitsplatz.

Umsatzentwicklung im Einzelhandel

Für den Einzelhandel hätte es in diesem Krisenjahr schlimmer kommen können. Der Umsatzeinbruch blieb aus. Der Umsatzrückgang ist zumindest im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen bislang nicht dramatisch, aber für viele Händler sehr schmerzlich. Die Handelsunternehmen haben in der Vergangenheit nicht vom Aufschwung profitiert und konnten kaum Reserven anlegen. Der Einzelhandel verfügt also nur über ein vergleichsweise dünnes Polster, um Schwankungen auszugleichen.

Die Umsatzentwicklung im bisherigen Jahresverlauf verlief im Rahmen der Erwartungen des HDE. Im ersten Quartal setzten die Unternehmen nominal 2,9 Prozent weniger um als im Vorjahr. Das zweite Quartal sah mit einem Minus von 0,9 Prozent etwas besser aus. In den ersten sieben Monaten des Jahres sank der Umsatz des klassischen Einzelhandels (ohne Kfz, Brennstoffe, Apotheken) um nominal 1,7 Prozent. Damit gaben die Verbraucher von Januar bis Juli 3,8 Milliarden Euro weniger im Einzelhandel aus als im Vorjahreszeitraum. Aufgelaufen liegt der Umsatz des Einzelhandels in den ersten sieben Monaten bei 221,7 Milliarden Euro.

Die Zahlen der amtlichen Statistik decken sich mit den Ergebnissen unserer aktuellen Konjunkturumfrage. Ein knappes Drittel der 1.100 befragten Unternehmen konnte im

ersten Halbjahr ein Umsatzplus erzielen. 42 Prozent mussten Einbußen hinnehmen. Vergleichsweise gut verlief die Entwicklung im Einzelhandel mit Mode und Schuhen, Möbeln sowie Kosmetik und Körperpflegemitteln. Unternehmen im Bereich Bau- und Heimwerksartikel verzeichneten hingegen häufiger Umsatzrückgänge.

Ausblick auf 2009 und 2010

Dieses Bild stützt unsere Umsatzprognose. Wir gehen weiterhin davon aus, dass der Einzelhandel 2009 einen Umsatzrückgang von nominal minus zwei Prozent verkräften muss. Darin eingerechnet sind die im Vergleich zu 2008 fehlenden zwei Verkaufstage in diesem Jahr, die mit etwa 0,7 Prozentpunkten zu Buche schlagen.

Der Einzelhandel ist ein Nachzügler im Konjunkturzyklus. Deshalb wird die Lage für ihn voraussichtlich länger als für andere Wirtschaftsbereiche schwierig bleiben. Das Konsumumfeld wird auch im kommenden Jahr durch Unsicherheiten geprägt sein. Dies belegen die Erwartungen der befragten Unternehmen.

Denn laut unserer Konjunkturumfrage gehen lediglich sechs Prozent der Unternehmen aktuell davon aus, dass der Tiefpunkt der Krise bereits hinter uns liegt. 40 Prozent rechnen damit, dass erst 2010 die Talsohle erreicht wird. Die Umsatzerwartungen für das zweite Halbjahr 2009 sind entsprechend bescheiden. Lediglich ein Viertel der befragten Betriebe erwartet ein Umsatzplus, gut ein Drittel rechnet mit Umsatzrückgängen zum Vorjahr. Vergleichsweise optimistisch blickt der Handel mit Lebensmitteln und elektronischen Erzeugnissen auf die zweite Jahreshälfte.

Gestützt wird die Entwicklung im Gesamtjahr durch den Online-Handel. 53 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Umsätze, lediglich sieben Prozent sehen hier einen negativen Trend. Für die Einzelhändler, die sowohl ein Ladengeschäft betreiben als auch im Internet aktiv sind, bleibt der Verkauf über das World Wide Web damit eine wichtige Umsatzstütze.

Die Gewinnentwicklung im Einzelhandel verläuft weiterhin unbefriedigend. Bei fast der Hälfte der Unternehmen (45 Prozent) sanken im ersten Halbjahr die Renditen. Einzig erfreulich ist, dass der Anteil der Händler mit steigenden Gewinnen nicht weiter abnahm. Es bestätigt sich, dass sich gut aufgestellte Unternehmen auch in schwierigen Zeiten behaupten können.

Bundestagswahl

In der Krise hat sich gezeigt, welche enorme volkswirtschaftliche Bedeutung der Einzelhandel hat. Der funktionierende Wettbewerb im Einzelhandel hat zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft beigetragen. Er ist Garant für attraktive Angebote und günstige Preise, die den Konsum auch in diesen schwierigen Zeiten stützen. Staatliche Eingriffe in dieses Gefüge sind strikt abzulehnen.

Obwohl er sich in den vergangenen Monaten zum Stabilitätsanker der Wirtschaft gemausert hat, muss sich der Handel darauf einstellen, noch in den Sog der Krise zu geraten. Ihn erreicht der Abschwung erst, wenn es anderswo bereits wieder bergauf geht.

Deshalb kommt es entscheidend darauf an, welche Signale von der neuen Bundesregierung ausgehen. Steuer- und Abgabenerhöhungen wären das letzte, was der Einzelhandel gebrauchen kann.

Das sollten auch Wirtschaftsforscher wissen. Dennoch haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent ins Spiel gebracht. Aber wenn die Mehrwertsteuer steigt, mutiert der Konsum von der Stütze der Konjunktur zum Mühlstein. Und vor allem die Haushalte mit einem geringen Einkommen würden hart getroffen. Aus dem Schaden, den die letzte Erhöhung angerichtet hat, sollten Wirtschaftsforscher und Politiker klug geworden sein. Das gilt auch für die künftige Bundesregierung.

Von ihr fordern wir, trotz leerer Kassen und gigantischer Schuldenberge jeden auch noch so geringen Spielraum zur Steuer- und Abgabensenkung zu nutzen. Nur so lassen sich dauerhaft Wachstum und mehr Arbeitsplätze generieren. Oberste Priorität für die neue Bundesregierung muss die Stärkung des privaten Verbrauchs haben. Die Konsumenten müssen über mehr Geld verfügen können. Am einfachsten und effektivsten ginge dies, indem die kalte Progression beseitigt wird. Das würde vor allem die Bezieher von mittleren Einkommen entlasten, die einen besonders hohen Teil ihres Verdienstes im Einzelhandel ausgeben.

Ebenso dringend sind Korrekturen an der Unternehmensteuerreform. Denn nun werden im Rahmen der Gewerbesteuer Kosten wie zum Beispiel Ladenmieten ebenso besteuert wie Gewinne. Das bringt viele, vor allem mittelständische Einzelhandelsbetriebe an den Rand der Pleite. Ich gehe davon aus, dass wir, wenn sich nicht schnell etwas ändert, am Jahresende mit circa 5.000 deutlich mehr Geschäftsaufgaben haben als üblich. Das kostet auch Arbeitsplätze. Im Einzelhandel sind Mieten und Pachten typischerweise hoch. Dadurch entwickelt sich die Gewerbesteuer für viele mittelständische Unternehmen mit mehreren, in der Regel gemieteten Filialen zu einer gefährlichen Substanzsteuer. Die neue Bundesregierung muss schnell handeln und diese Belastung zumindest deutlich abmildern.

Das erfordert Tatkraft und mutige Entscheidungen. Aber nur so wird Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen. Und darum geht es bei der Bundestagswahl am 27. September.